

# Konjunkturpolitik auf dem Rücken der wirtschaftlichen Schwachen und zum Schaden des Wohnungsbaues

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **45 (1970)**

Heft 6

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-103930>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gemeinden und Kirchgemeinden (beispielsweise Betagtenwohnungen).

Es wäre interessant, im einzelnen den Ursachen des Misserfolges der «Aktion» nachzugehen, und viele der Ersteller könnten da ein Liedlein singen. Auch was in den Interventionen der Herren National- und Ständeräte in der Dezembersession 1969 und Märzsession 1970 zu hören war, mochte einen guten Überblick über die Unzulänglichkeiten geben. Dass das Gesetz erst ein Jahr später in Kraft gesetzt wurde, ist natürlich unverzeihlich. Dass aber die beiden Vollzugsverordnungen, insbesondere die zweite, die unmittelbare Hilfe betreffend, in den Händen der Verwaltung durch die bürokratischen Fussangeln, die unrealistischen Einkommens- und Baukostenbeschränkungen und durch die, gelinde gesagt, oft sehr schleppende Erledigung zum guten Teil die guten Absichten der eidgenössischen Räte zunichtegemacht haben, ist höchst bedauerlich. Ebenso bedauerlich ist, dass

die Herren Parlamentarier in der Folge nicht aufgemuckt haben. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die starren und einschränkenden Ausführungsbestimmungen gerade den sozialen Wohnungsbau, aber auch den Bau von verbilligten Betagtenwohnungen gehemmt haben. In den grossen Agglomerationen war dieser Bau praktisch verunmöglicht, weil die hohen Bodenpreise von vornherein niemals in den engen Rahmen der Verordnung der eidg. Verwaltung passen konnten.

Gerechterweise muss aber auch erwähnt werden, dass die Bundeshilfe toter Buchstabe bleiben muss, wenn einzelne Kantone und viele Gemeinden sich passiv verhalten. Andererseits kann man sich fragen, ob es sinnvoll ist, eine Bundes-«Aktion» «Dach über dem Kopf» zu starten, in der mindestens die dopelte Leistung von Kantonen und Gemeinden vorausgesetzt wird... Ob die teilweise abzuändernden neuen Vollzugsverordnungen viel besser werden, bleibt abzuwarten.

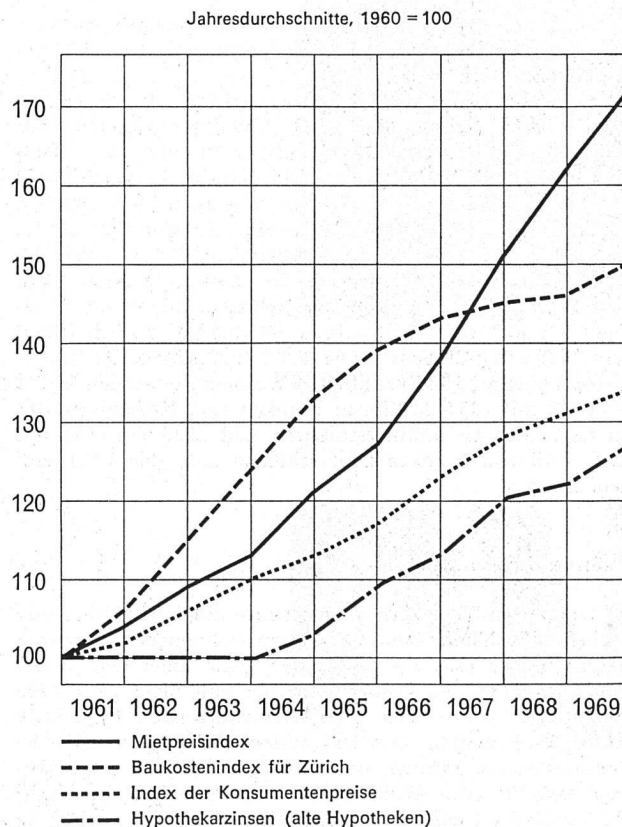
J. P.

## Konjunkturpolitik auf dem Rücken der wirtschaftlich Schwachen und zum Schaden des Wohnungsbaues

### Auftrieb der Mieten

Sicher ist es eine nationale Aufgabe, der schleichenden Inflation und der zunehmenden Teuerung zu begegnen und die Konjunkturentwicklung aufmerksam zu verfolgen, sofern sie auf dem Binnenmarkt die Preishausse begünstigt. Alle

### Entwicklung der Mietpreise im Vergleich zu anderen Indexzahlen zwischen 1960 und 1969



haben Opfer zu bringen. Auf dem Wohnungsmarkt müssen die Mieter in hohem Masse daran glauben, denn wie die graphische Darstellung des Schweizerischen Bankvereins zeigt, erfuhren die Mietpreise in den sechziger Jahren eine äusserst starke Erhöhung. Auch die Zukunft lässt nichts Gutes ahnen. Denn die Konjunkturdämpfungsmassnahmen haben bisher nur zu einem eigentlichen *Engpass auf dem Kapitalmarkt* geführt, was durch die ständig steigenden Zinssätze bewiesen wird, und bewirken, dass der Wohnungsbau ins Stocken kommt und kommen wird. Die Mieter brauchen aber mehr und billigere Wohnungen, nicht weniger und stets teurere.

### Intervention eines Nationalrates

Am 18. März 1970 hat Nationalrat Florian Schlegel, St. Gallen, an den Bundesrat folgende *Kleine Anfrage* gerichtet: «National- und Ständerat haben der Änderung des Bundesgesetzes über die Wohnbauförderung einhellig zugestimmt in der Meinung, den Wohnungsbau damit wirksam anzukurbeln. Leider wirken sich nun aber die Konjunkturdämpfungsmassnahmen des Bundes und der Nationalbank auf den Wohnungsbau hemmend aus. Zahlreiche Bauvorhaben, insbesondere auch gemeinnütziger Genossenschaften, können nicht verwirklicht werden, weil die Banken die Baufinanzierung unter Hinweis auf die Kreditrestriktionen ablehnen. Damit wird der dringend notwendige Wohnungsbau in empfindlicher Weise getroffen und die Lage auf dem Wohnungsmarkt weiter verschärft. Ich frage deshalb den Bundesrat an, ob er bereit ist, alles zu unternehmen, damit der Wohnungsbau von der restriktiven Kreditpolitik nicht betroffen wird.»

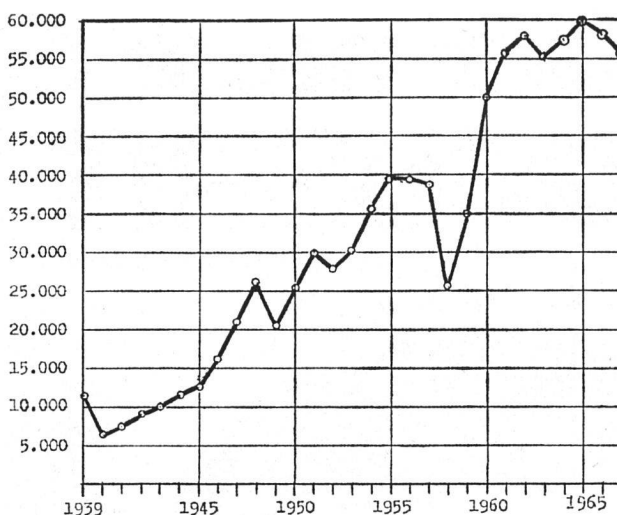
### Ausgerechnet Baukredite werden gebremst

Bis Anfang Juni hat Nationalrat Schlegel noch keine Antwort erhalten. Aber wie recht er hat, beweisen Dokumente. In seinem Bericht vom 12. Mai zum Exportdepot gibt der Bundesrat zu, dass die Kreditbremse bei den Baukrediten deutlich knirscht. Sonst aber sind die Kreditbeschränkungen ziemlich wirkungslos. Und in seiner Stellungnahme gegen ein Exportdepot kämpft der Vorort gegen eine Dämpfung der Exportindustrie mit dem Argument, die Binnenwirtschaft sei jetzt sowieso durch die Kreditplafonierung gehemmt. Wenn zwei so gewichtige Zeugen gleich aussagen, dann wird wohl niemand im Ernste anzweifeln

wollen, dass der Wohnungsbau durch die Sterilisierung von Geldern schwer getroffen ist. Im übrigen beharrt die Nationalbank auf ihrem harten Kurs, wobei, wie Dr. Stopper (nomen est omen), Präsident des Direktoriums, am 20. März 1970 erklärt hat, Konsolidierungsschwierigkeiten in Kauf genommen werden. Ich zitiere ihn: «Konsolidierungsprobleme beschleunigen zudem die Zinshausse. Diese Zusammenhänge sollte man sich vor Augen halten, wenn in absehbarer Zeit der Wohnungsbau sowohl bezüglich der Mittelbeschaffung als auch der Zinskosten auf Probleme stossen sollte.»

Und so stehen wir vor der unsinnigen Situation, dass vielen Banken nicht die Mittel fehlen, dass sie sie aber nicht ausleihen dürfen, und dass andererseits laut Wohnbaugesetz und Erklärung des Bundesrates im Nationalrat am 3. Dezember 1969 (siehe «das Wohnen», April 1970, Seite 82) der Bund im Falle von Kapitalknappheit für den Wohnungsbau Massnahmen zur Kapitalbeschaffung zu treffen hat. Und auch schon mit der Nationalbank für eine Grossüberbauung in Genf hat treffen müssen. Solche Widersprüche müssen raschestens aus der Welt geschafft werden. Ich meine, die tristen Erfahrungen mit den Kreditrestriktionen 1957 bis 1959 und der Konjunkturdämpfung 1963 bis 1965 sollten doch gezeigt haben, wie vor allem der Wohnungsbau schwer getroffen wurde. Man sehe sich die graphische Darstellung an!

Jean Piller



Neuerstellte Wohnungen. 1958 wurden wegen der Kreditrestriktionen ab 1957 ca. 12 000 Wohnungen weniger gebaut! Und die Konjunkturdämpfung ab 1963 hatte den gleichen hemmenden Effekt.

## AUS DEN SEKTIONEN

### 50 Jahre Sektion Bern des SVW

Zu dieser Jubiläumstagung wurden die Delegierten auf Samstag, den 25. April, ins Hotel Gurten-Kulm ob Bern eingeladen. Präsident Kurt Iseli, Biel, konnte 83 Anwesende begrüssen. Besonderer Gruss galt den Gästen Dr. Seiler, kantonales Arbeitsamt, Gemeinderat Schweizer, Bern, Stadtplaner Aregger, Bern, Liechti, Vertreter der Stadt Burgdorf, sowie Zürcher, Zentralsekretär SVW.

Den eigentlichen Höhepunkt der Tagung bildeten die Referate von Architekt Lanz, Biel, Gemeinderat Schweizer, Bern, und Stadtplaner Aregger. Architekt Lanz, heute bereits 85jährig, aber immer noch sehr tätig, hat die Gründungsgeschichte bis zum heutigen Tage miterlebt; er war in erster Linie berufen, seine Erlebnisse zu schildern. Als kleines Zeichen der Dankbarkeit durfte er einen prächtigen Blumenstrauß entgegennehmen.

Gemeinderat Schweizer entbot in einem ausgezeichneten Votum die Grüsse und Wünsche der Stadt Bern. Den Reigen der Referate beschloss Stadtplaner Aregger als hervorragender Fachmann auf diesem Gebiete. Er glaubt, dass, wenn die Voraussetzungen für planmässigen Wohnungsbau erfüllt würden, die Stadt und Umgebung Bern im Verlaufe von 30 Jahren eine halbe Million Menschen beherbergen könnte. Alle drei Referate wurden mit grosser Aufmerksamkeit entgegengenommen und hinterliessen einen nachhaltigen Eindruck.

Am Nachmittag fand die Behandlung der Verbandsgeschäfte statt. Dem Verband sind angeschlossen: 65 Genossenschaften, 5 Gemeinden, 4 Organisationen und 12 Einzelmitglieder. Zufolge Zuwachses sind nunmehr über 9000 Wohnungen angeschlossen. Der Verband bekundet nach wie vor den Willen, alles zu tun, um die Zahl der Wohnungen mit erschwinglichen Mietzinsen zu vermehren.

E. S.

Hängeschaukeln

Rutschbahnen  
Balkenschaukeln

Klettertürme

Altra  
Spielgeräte

Jakob Scherrer Söhne  
Allmendstrasse 5-7  
8059 Zürich 2  
Tel. 051 257980

SCHERRER